

Reform und Reformbedarf im Rahmen des § 2325 BGB

von
Dr. Josef Zintl

1. Auflage

Reform und Reformbedarf im Rahmen des § 2325 BGB – Zintl

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:
Testamente und Erbverträge



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62080 5

beck-shop.de

Münchener Universitätschriften

Reihe der Juristischen Fakultät

Herausgegeben

von

Claus-Wilhelm Canaris, Peter Lerche, Claus Roxin

Band 233

beck-shop.de

Reform und Reformbedarf
im Rahmen des § 2325 BGB

von

Dr. Josef Zintl



Verlag C. H. Beck München 2011

beck-shop.de

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

D 6

ISBN 978 3 406 62080 5

© 2011 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2010 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Dezember 2010 berücksichtigt werden.

Danken möchte ich an erster Stelle meinem verehrten Doktorvater, Herrn Notar Professor Dr. Winkler, für anregende Gespräche und für die exzellente Betreuung dieser Arbeit. Mein besonderer Dank gebührt zudem Herrn Professor Dr. Lehmann für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Dank schulde ich auch Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Canaris für die Aufnahme dieser Dissertation in die Reihe der Münchener Universitätschriften.

Zu danken habe ich ferner der Hanns-Seidel-Stiftung, die diese Arbeit durch ein Begabtenstipendium aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert hat.

Mein ganz persönlicher Dank gilt schließlich meinen Eltern, auf deren liebevolle Unterstützung und uneingeschränkte Förderung ich zu jeder Zeit bauen kann. Ihnen sei diese Arbeit gewidmet.

München, im Februar 2011

Josef Zintl

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Kapitel 1. Einführung	1
Kapitel 2. § 2325 BGB und seine teilweise Neufassung durch das „Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts“ vom 24. September 2009	5
A. § 2325 BGB als Zentralnorm des Pflichtteilergänzungsrechts	5
I. Die Genese des § 2325 BGB	5
II. Die Regelungstechnik des § 2325 BGB	12
B. Die gleitende Ausschlussfrist des § 2325 III 1 BGB	14
I. Die sog. Abschmelzungslösung	14
II. Die intertemporale Regelung des Art. 229 § 23 IV EGBGB	21
C. Der verfassungsrechtliche Hintergrund	23
I. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19. April 2005	23
II. Der Gestaltungsspielraum des einfachen Gesetzgebers	28
D. § 2325 III 1 BGB als Instrument zur stärkeren Verwirklichung der Ent- scheidungsautonomie des Erblassers	29
I. Das Pflichtteilsrecht in der Kritik	29
II. Die Abschmelzungslösung als Ausdruck gewandelter gesellschaftlicher Anschauungen	30
III. Die Disponibilität der Abschmelzungslösung bzw. der zehnjährigen Ausschlussfrist	33
Kapitel 3. Fortbestehende Probleme des geltenden Rechts und Lösungs- möglichkeiten	37
A. Das Niederstwertprinzip des § 2325 II 2 BGB	37
I. Die gesetzliche Ausgangslage	37
II. Die Kritik am Niederstwertprinzip	44
III. Ein Reformvorschlag	49
B. Der Grundsatz der Doppelberechtigung beim Pflichtteilergänzungs- anspruch	51
I. Die gesetzliche Ausgangslage	51
II. Die Entstehungsgeschichte des § 2325 I BGB	51
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	53
IV. Die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	57
V. Die Frage nach gesetzgeberischem Handlungsbedarf	65
C. Das Verhältnis von gemeinnützigen Zuwendungen und Pflichtteils- ergänzungsansprüchen	66
I. Die Behandlung gemeinnütziger Zuwendungen zu Lebzeiten im geltenden Pflichtteilsrecht	67
II. Die Möglichkeiten kautelarjuristischer Vorsorge	75

beck-shop.de

VIII

Inhaltsübersicht

III. Reformempfehlungen und Gestaltungsgrenzen	79
IV. Ein Plädoyer für die Beibehaltung des Status quo	83
D. Schenkungen an den Ehegatten und Pflichtteilsergänzungsansprüche ..	87
I. Die Vorschrift des § 2325 III 3 BGB	87
II. Zweifelsfragen bei der Anwendung des § 2325 III 3 BGB	98
III. Die Reformbedürftigkeit der Ausnahmevorschrift des § 2325 III 3 BGB	104
E. Der Fristbeginn bei Schenkungen unter Vorbehalt	108
I. Der Leistungsbegriff im Sinne des § 2325 III 2 BGB (§ 2325 III 1 a.F. BGB)	110
II. Die Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt als Referenzfall für alle Arten von Schenkungen unter Vorbehalt	113
III. Die einzelnen Vorbehalte	125
IV. Kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf	141
Kapitel 4. Schlussbetrachtung	143
Literaturverzeichnis	145

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1. Einführung	1
Kapitel 2. § 2325 BGB und seine teilweise Neufassung durch das „Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts“ vom 24. September 2009	5
A. § 2325 BGB als Zentralnorm des Pflichtteilergänzungsrechts	5
I. Die Genese des § 2325 BGB	5
1. Zum Telos der Norm	5
a) Der Schutz vor einer Aushöhlung des Pflichtteilsanspruchs	5
b) Der Unterschied zu § 2287 BGB und der Begriff der „böslchen Schenkung“ in der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 17. September 1986	6
aa) Der Vergleich zwischen § 2325 BGB und § 2287 BGB	6
bb) § 2325 BGB als Rechtsinstitut zur Verhinderung von Missbrauch?	7
2. Die Entscheidung gegen das Erfordernis der „Übermäßigkeit der Schenkung“	8
3. Die Ablehnung der Beschränkung auf Schenkungen aus dem „Stamme des Vermögens“	9
4. Zur zehnjährigen Ausschlussfrist	9
a) Der gänzliche Verzicht auf eine Ausschlussfrist im ersten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches	10
b) Die fünfjährige Ausschlussfrist im zweiten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches	10
c) Die zehnjährige Ausschlussfrist als Kompromisslösung in der Urfassung des Bürgerlichen Gesetzbuches	11
II. Die Regelungstechnik des § 2325 BGB	12
1. Die Rechtsnatur des Pflichtteilergänzungsanspruchs	12
2. Die Höhe des Pflichtteilergänzungsanspruchs	13
3. Ein Berechnungsbeispiel zu § 2325 BGB	13
a) Der Fall	13
b) Die Lösung	13
B. Die gleitende Ausschlussfrist des § 2325 III 1 BGB	14
I. Die sog. Abschmelzungslösung	14
1. Die Funktionsweise der Pro-Rata-Regelung	14
a) Die sukzessive Reduzierung der Höhe des Pflichtteilergänzungsanspruchs in § 2325 III 1 BGB und die Ausschlussfrist des § 2325 III 2 BGB	14
aa) Zu § 2325 III 1 BGB	14
bb) Zu § 2325 III 2 BGB	15

b) Einige Berechnungsbeispiele zur rätierlichen Abschmelzung	15
aa) Die Grundkonstellation	15
(1) Der Fall	15
(2) Die Lösung	15
bb) Die erste Variante.	15
(1) Der Fall	15
(2) Die Lösung	16
cc) Die zweite Variante	16
(1) Der Fall	16
(2) Die Lösung	16
dd) Die dritte Variante	16
(1) Der Fall	16
(2) Die Lösung	16
2. Die Motive des Gesetzgebers	16
a) Die Ausgangssituation	16
b) Die Reaktion des Gesetzgebers	17
3. Die Bewertung des Abschmelzungsmodells	18
a) Die Abschaffung des Alles-oder-Nichts-Prinzips	18
b) Die dogmatischen Überlegungen des Gesetzgebers	19
c) Die Beibehaltung der starren Fristen in § 1375 BGB und § 529 BGB	20
II. Die intertemporale Regelung des Art. 229 § 23 IV EGBGB	21
1. Der Regelungsgehalt des Art. 229 § 23 IV EGBGB	21
2. Die Verfassungskonformität des Art. 229 § 23 IV EGBGB	21
C. Der verfassungsrechtliche Hintergrund	23
I. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19. April 2005	23
1. Die Auffassungen von Rechtsprechung und Literatur zur verfassungsrechtlichen Stellung des Pflichtteilsrechts bis zum Jahre 2005	23
2. Die wesentlichen Aussagen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 19. April 2005	24
a) Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts zur Begründung der verfassungsrechtlichen Verankerung des Pflichtteilsrechts	24
aa) Das Pflichtteilsrecht als Bestandteil der Erbrechtsgarantie des Art. 14 I 1 GG	25
bb) Der Schutz des Pflichtteilsrechts aus Art. 6 GG	25
b) Die Bewertung der Aussagen des Bundesverfassungsgerichts	26
aa) Zum Inhalt der Erbrechtsgarantie	26
bb) Zur Verankerung des Pflichtteilsrechts in Art. 6 GG	27
II. Der Gestaltungsspielraum des einfachen Gesetzgebers	28
D. § 2325 III 1 BGB als Instrument zur stärkeren Verwirklichung der Entscheidungsautonomie des Erblassers	29
I. Das Pflichtteilsrecht in der Kritik	29
II. Die Abschmelzungslösung als Ausdruck gewandelter gesellschaftlicher Anschauungen	30
1. Die Stärkung der Testierfreiheit zulasten des Pflichtteilsrechts	30

2. Die Zurückdrängung des Schutzes der Familiensolidarität in der Individualgesellschaft	31
III. Die Disponibilität der Abschmelzungslösung bzw. der zehnjährigen Ausschlussfrist	33
1. Die Abbedingung der Vorschrift des § 2325 III 1 bzw. 2 BGB zulasten des Pflichtteilsberechtigten	33
a) Vereinbarungen zwischen dem Erblasser und dem Beschenkten ..	33
b) Vereinbarungen zwischen dem Erblasser und dem Pflichtteilsberechtigten	33
c) Vereinbarungen zwischen dem Beschenkten und dem Pflichtteilsberechtigten	34
2. Die Abbedingung der Abschmelzungslösung bzw. der Zehn-Jahresfrist zulasten des Beschenkten.....	34
a) Die Abbedingung durch einseitige Festlegung des Erblassers ...	34
b) Die Berücksichtigung der Interessen des Beschenkten	35

Kapitel 3. Fortbestehende Probleme des geltenden Rechts und Lösungsmöglichkeiten 37

A. Das Niederstwertprinzip des § 2325 II 2 BGB..... 37

I. Die gesetzliche Ausgangslage	37
1. Die Rechtslage bei „verbrauchbaren Sachen“ (§ 2325 II 1 BGB)	37
a) Der Begriff „verbrauchbare Sache“	37
b) Der bei der Ergänzungsrechnung in Ansatz zu bringende Wert ..	38
c) Der Bewertungszeitpunkt nach der geltenden Rechtslage.....	38
aa) Der Grundsatz.....	38
bb) Die Ausnahme	38
d) Die Berücksichtigung von Kaufkraftveränderungen	39
2. Die Rechtslage bei „anderen Gegenständen“ (§ 2325 II 2 BGB)	41
a) Der Begriff „anderer Gegenstand“	41
b) Der bei der Ergänzungsrechnung in Ansatz zu bringende Wert ..	41
c) Der Bewertungszeitpunkt nach der geltenden Rechtslage.....	42
aa) Die Funktionsweise des Niederstwertprinzips	42
bb) Die Gründe für die Einführung des Niederstwertprinzips durch den historischen Gesetzgeber	43
d) Die Berücksichtigung von Kaufkraftveränderungen	44
II. Die Kritik am Niederstwertprinzip	44
1. Die Problematik der Bewertung von Schenkungen unter Nutzungsvorbehalt	44
a) Die Vorgehensweise des Bundesgerichtshofs bei der Bewertung einer Schenkung unter Nutzungsvorbehalt	45
b) Die Rolle des Niederstwertprinzips	46
2. Die Benachteiligung des Pflichtteilsberechtigten durch das Niederstwertprinzip	47
3. Das Zusammenspiel zwischen Niederstwertprinzip und Abschmelzungslösung	48

III. Ein Reformvorschlag	49
1. Die Abschaffung des Niederstwertprinzips zu Gunsten einer Verallgemeinerung der Regelung des § 2325 II 1 BGB	49
2. Eine Formulierungshilfe für den Gesetzgeber	50
B. Der Grundsatz der Doppelberechtigung beim Pflichtteilergänzungsanspruch	51
I. Die gesetzliche Ausgangslage	51
II. Die Entstehungsgeschichte des § 2325 I BGB	51
1. Der erste Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches	51
2. Die Auffassung der Zweiten Kommission	52
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	53
1. Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 21. Juni 1972	53
a) Der Sachverhalt	53
b) Die Lösung des Bundesgerichtshofs	53
aa) Das Ergebnis	53
bb) Die Begründung	54
2. Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 25. Juni 1997	55
a) Der Sachverhalt	55
b) Die Lösung des Bundesgerichtshofs	55
aa) Das Ergebnis	55
bb) Die Begründung	55
IV. Die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	57
1. Die Argumente gegen die sog. Theorie der Doppelberechtigung des Pflichtteilergänzungsberechtigten	57
a) Die Eindeutigkeit des Wortlauts des § 2325 I BGB	57
b) Die Gesetzgebungsgeschichte der Vorschrift des § 2325 I BGB	58
c) Kein Vorliegen einer offenbaren Unbilligkeit	59
d) Die Überbetonung der Missbrauchsverhinderung	59
e) Die Irrelevanz geänderter sozialer Verhältnisse	60
f) Die Ungleichbehandlung von Abkömmlingen	61
g) Keine Vergleichbarkeit mit der Rechtslage beim Zugewinnausgleich	62
h) Keine Bindung des Bundesgerichtshofs an seine frühere Rechtsprechung	62
2. Der vom Bundesgerichtshof vertretene Bestandsschutzgedanke	63
a) Die Kritik am Bestandsschutzgedanken des Bundesgerichtshofs	63
b) Der Einfluss der Abschmelzungslösung	64
V. Die Frage nach gesetzgeberischem Handlungsbedarf	65
C. Das Verhältnis von gemeinnützigen Zuwendungen und Pflichtteilsergänzungsansprüchen	66
I. Die Behandlung gemeinnütziger Zuwendungen zu Lebzeiten im geltenden Pflichtteilsrecht	67
1. Das Pflichtteilergänzungsrecht als Hürde für gemeinnützige Zuwendungen zu Lebzeiten	67
2. Die lebzeitige Stiftungsbegünstigung	67
a) Die lebzeitige Stiftungserrichtung	68
aa) Die Rechtsnatur der lebzeitigen Stiftungserrichtung	68

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

XIII

bb) Die Anwendbarkeit des § 2325 I BGB auf die lebzeitige Stiftungserrichtung	68
cc) Die Rechtslage bei Familienstiftungen	70
b) Lebzeitige Zuwendungen an bereits bestehende Stiftungen	71
aa) Lebzeitige Zustiftungen	71
(1) Der Rechtscharakter lebzeitiger Zustiftungen	71
(2) Die Anwendbarkeit des Pflichtteilsergänzungsrechts	71
bb) Lebzeitige Zuwendungen an Stiftungen durch Spenden – Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 10. Dezember 2003	72
(1) Der Sachverhalt der Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Falle der Dresdner Frauenkirche	72
(2) Das Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 2003	73
(3) Die Bewertung des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 10. Dezember 2003	74
II. Die Möglichkeiten kautelarjuristischer Vorsorge	75
1. Der Weg über den Pflichtteilsverzichtsvertrag	75
2. Die Fruchtbarmachung des Abschmelzungsmodells des § 2325 III 1 BGB und der zehnjährigen Ausschlussfrist des § 2325 III 2 BGB	76
3. Gestaltungsalternativen mit internationalem Bezug	77
a) Die Flucht aus den „Fesseln“ des deutschen Pflichtteilsrechts durch einen Wechsel der Staatsangehörigkeit	77
b) Die Suche nach internationalprivatrechtlichen „Schlupflöchern“	78
III. Reformempfehlungen und Gestaltungsgrenzen	79
1. Reformvorschläge aus dem Schrifttum	79
a) Der Vorschlag <i>Matschkes</i>	79
b) Die von <i>Hüttemann</i> und <i>Rawert</i> favorisierte Lösungsmöglichkeit	80
c) <i>Kilians</i> Idee von der Einführung einer Kappungsgrenze	81
2. Familiäre Vermögensteilhabe als Grenze des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers	82
IV. Ein Plädoyer für die Beibehaltung des Status quo	83
1. Die diffizile Eingrenzung des Kreises der begünstigten Adressaten	83
2. Die hinreichende Privilegierung gemeinnütziger Organisationen im geltenden Recht	85
3. Die Einführung der Abschmelzungslösung als Maßnahme zur Schaffung ausreichender Planungssicherheit für gemeinwohlorien- tierte Einrichtungen	85
4. Familiäre Solidarität und Generationengerechtigkeit als Gemein- wohlbelange von nicht minder beachtlichem Gewicht	86
D. Schenkungen an den Ehegatten und Pflichtteilsergänzungsansprüche	87
I. Die Vorschrift des § 2325 III 3 BGB	87
1. Der Grundgedanke der Sonderregel des § 2325 III 3 BGB	87
2. Die Verfassungswidrigkeit der Regelung des § 2325 III 3 BGB	89
a) Der Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 06. April 1990	89
aa) Der Inhalt des Beschlusses	89
bb) Die Konsequenzen aus dem Erlass des Nichtannahme- beschlusses durch das Bundesverfassungsgericht	90

beck-shop.de

b) Die Unvereinbarkeit der Ausnahmevorschrift des § 2325 III 3 BGB mit dem geltenden Verfassungsrecht	90
aa) Der Verstoß gegen Art. 6 I GG	90
(1) Die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Art. 6 I GG ..	90
(2) Die Frage nach zwingenden sachlichen Rechtfertigungsgründen für die Diskriminierung von Ehegatten	91
(aa) Das Kriterium der Auflösung der Ehe als falscher Ansatzpunkt für den Fristbeginn	94
(bb) Der Vergleich mit der Rechtslage bei Schenkungen an minderjährige Kinder	95
bb) Die Verletzung des Grundrechts aus Art. 3 I GG	97
II. Zweifelsfragen bei der Anwendung des § 2325 III 3 BGB	98
1. Die Anwendbarkeit des § 2325 III 3 BGB auf eingetragene Lebenspartner	98
2. Die Frage nach der analogen Anwendung des § 2325 III 3 BGB auf vor der Eheschließung vorgenommene Schenkungen an den späteren Ehegatten	99
a) Die Auffassung, wonach die Frist stets erst mit Auflösung der Ehe beginnt	99
b) Die Ansicht, die die im Zeitpunkt der späteren Eheschließung noch laufende Frist nach Auflösung der Ehe neu beginnen lassen möchte	100
c) Die These von der Hemmung der Frist für die Dauer der späteren Ehe	100
d) Die Ablehnung der analogen Anwendung des § 2325 III 3 BGB auf voreheliche Schenkungen als überzeugendste Auffassung	101
3. Der Fristanlauf infolge Weiterübertragung des Geschenks auf einen Dritten	103
a) Weiterübertragung des geschenkten Gegenstandes gegen ausgleichenden Zufluss eines Surrogats	103
b) Weiterübertragung auf einen Dritten ohne Gegenleistung	103
III. Die Reformbedürftigkeit der Ausnahmevorschrift des § 2325 III 3 BGB	104
1. Der berechtigte Grundgedanke der Regelung des § 2325 III 3 BGB ..	104
2. Reformvorschläge an den Gesetzgeber	106
a) Die Erweiterung der Vorschrift des § 2325 III 3 BGB auf Schenkungen an minderjährige Kinder	106
b) Der Zeitpunkt des Getrenntlebens als sachgerechter Anknüpfungspunkt für den Fristbeginn	107
c) Der mögliche Wortlaut eines novellierten § 2325 III 3 bzw. 4 BGB	108
E. Der Fristbeginn bei Schenkungen unter Vorbehalt	108
I. Der Leistungsbegriff im Sinne des § 2325 III 2 BGB (§ 2325 III 1 a.F. BGB)	110
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	110
a) Das Urteil des 3. Zivilsenats vom 25. Mai 1970	110
b) Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 17. September 1986	110
c) Das Urteil vom 02. Dezember 1987	111

d) Das Urteil des 4. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs vom 27. April 1994	112
2. Die Rolle des Abschmelzungsmodells	112
II. Die Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt als Referenzfall für alle Arten von Schenkungen unter Vorbehalt	113
1. Die Bewertung der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 27. April 1994	113
a) Das von der Rechtsprechung abweichende Schrifttum	113
aa) Das Plädoyer für ein alleiniges Abstellen auf den rechtlichen Leistungserfolg	113
bb) Der Ansatz von Reiff und Rauscher	114
b) Orientierung am Steuerrecht? – Das Kriterium des „wirtschaftlichen Eigentums“	115
c) Die Festlegung eines prozentualen Grenzwertes zur rechtssicheren Definition der „wesentlichen Weiternutzung“	117
aa) Das Kriterium der „wesentlichen Weiternutzung“ als richtiger Ansatzpunkt	117
bb) Die 75-Prozent-Grenze	118
2. Sonderfragen	120
a) Der Nießbrauchsvorbehalt an einzelnen überlassenen Gegenständen	120
b) Der Quoten- und Bruchteilsnießbrauch	121
c) Das Nacheinanderschalten von Übertragung und Nutzungsvorbehalt	123
d) Die „Ehegattenfälle“	124
III. Die einzelnen Vorbehalte	125
1. Schenkungen unter Vorbehalt eines Wohnungsrechts	125
a) Der Vorbehalt eines umfassenden Wohnungsrechts	125
b) Der Vorbehalt eines teilweisen Wohnungsrechts	126
aa) Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	127
bb) Die kritische Analyse der oberlandesgerichtlichen Rechtsprechung	128
2. Die Schenkung gegen Leibrente bzw. dauernde Last	129
3. Die Übertragung gegen anschließende Leihe oder Miete	130
4. Die Vereinbarung von Rükckerwerbsrechten zugunsten des Schenkers	132
a) Die Sichtweise der Rechtsprechung	132
b) Die Stellungnahmen in der Literatur	134
aa) Die Bejahung eines Einflusses von Rückforderungsrechten auf den Fristbeginn	134
(1) Die Unterscheidung zwischen freien und enumerativen Rükckerwerbsrechten	134
(2) Die Differenzierung nach Einflussphären des Übergebers bzw. des Übernehmers	135
bb) Die Überzeugungskraft der Gegenansicht	135
(1) Der fehlende Einfluss von Widerrufs- und Rückforderungsrechten auf die Nutzung des verschenkten Gegenstandes	135

(2) Das unzulängliche Kriterium der „wirtschaftlichen Ausgliederung“	137
(3) Die Existenz gesetzlicher Widerrufs- bzw. Rückforderungsrechte	137
(4) Die dogmatische Stimmigkeit einer Lösung, die den Einfluss vertraglicher Rückerwerbsrechte auf den Fristbeginn verneint	138
5. Die sog. Kombinationsfälle	140
IV. Kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf	141
Kapitel 4. Schlussbetrachtung	143
Literaturverzeichnis	145